Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 127. Mittwoch, den 15. August. 1866

Landtag.

3. Sitzung des Herrenhauses am 13. d. M.

Der Handelsminister Graf Itzenplitz legte die, auf Grund des Art. 63 erlassene Verordnung betreffend die Aufhebung der Vorschriften über die Beschränkung des Zinsfußes vor, den Erlaß derselben durch die damals auf ihrer Höhe befindliche Geschäftskrisis motivirend; die Vorlage wird einer besonders zu erwählenden Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen. — Das Haus tritt nunmehr in die Adreßdebatte ein.

Der Adreß-Entwurf der Commission wurde mit allen gegen 10 Stimmen angenommen.

5. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 13. d.

Der Präsident theilt das Resultat der Wahlen der Schriftführer und für Fach-Commissionen mit. Ferner wurden die beiden von den Abgg. Gneist und Waldeck eingebrchten Adreßentwürfe einer morgen zu bildenden Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Hierauf erklärte das Haus eine Anzahl von Wahlen gültig. Der Handelsminister überreichte die oktroyirte Verordnung wegen Aufhebung der Wuchergesetze zur nachträglichen Genehmigung, ferner Gesetzentwürfe, über den Verkauf der westphälischen Eisenbahn und über die Vermehrung des Aktien-Kapitals der Bank um 5 Millionen. Der Minister des Innern überreichte die octroyirten Verordnungen betreffend die Zuweisung der in Schleswig-Holstein stehenden Truppen zum ersten Potsdamer Wahlbezirk und die Verlegung des Umschlagstermins in Neuvorpommern, ferner den Entwurf eines Wahlgesetzes „für den Reichstag des norddeutschen Bundes", der mit geringen Abweichungen auf dem Reichswahlgesetze von 1849 beruhe. Der Wahlgesetzentwurf wird einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 14. d.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses waren am Ministertische der Finanzminister v. d. Heydt und der Justizminister Graf zur Lippe anwesend. Der Abg. v. Patow zeigt an, daß ihm unterm 11. d. M. die Oberleitung der Civilverwaltung von Nassau, Oberhessen und Frankfurt übertragen sei, es sei dies kein besoldetes Staatsamt, indem nur die Ausgaben vergütet werden, und glaube er nicht, daß sein Mandat dadurch erlösche. Die Eingabe wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Der Finanzminister reichte die Verordnung über die Gründung öffentlicher Darlehnskassen zur Genehmigung ein. Er berief sich auf die Handelskrise, auf den Vorgang von 1848. Die vorgängige Mitwirkung der Landesvertretung sei unerläßlich gewesen, aber, da die Auflösung unmittelbar vorhergegangen, so sei das Staatsministerium aus eigener Verantwortung vorgegangen, in dem Vertrauen, daß die Landesvertretung aus Rücksicht auf die wohlwollenden Absichten Indemnität ertheilen werde, worauf er antrage. Es seien 11,260,000 Thlr. Darlehnskassenscheine ausgegeben, wovon noch ca. 10 Millionen im Umlauf seien. Die Auflösung könne vielleicht schon mit Ablauf des Kalenderjahres erfolgen. Die Vorlage wird nach kurzer Debatte den vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle überwiesen.

Ferner brachte der Finanzminister den Gesetzentwurf betr. die Ertheilung der Indemnität für die Führung des Staatshaushalts seit dem Jahre 1862 und die Ermächtigung zur Leistung der Staatsausgaben für 1866 ein. Es sei, da der Staatshaushaltsetat nicht zu Stande gekommen, die Grundlage zur Führung des Staatshaushalts in jenem Jahre nur durch ein anderes Gesetz zu erlangen und zwar durch eine Indemnität, d. h. durch die Außerverantwortung-Stellung wegen der Führung des Staatshaushalts ohne Etatsgesetz. Die Regierung wolle den Konflikt begleichen; dazu gehöre allseitiges Entgegenkommen; sie beweise dies Entgegenkommen duch Einbrirgung des Gesetzentwurfs und vertraue, in Betreff der Annahme desselben auf die Loyalität des Hauses. Für das laufende Jahr hätte es sich nur noch um Feststellung des Staathaushalts-Etats für einige Monate handeln können, während das Budget immer auf ein Jahr aufgestellt werden müsse. Die Ermächtigung laute auf 154 Mill. Thlr., statt 157 Mill. Thlr. in dem früher vorgelegten Etat, in Folge mehrfacher Ersparnisse. Der Minister schlägt Ueberweisung des Entwurfs an eine besondere Kommission vor. Die Vorlegung eines Budgets für 1867 sei unmöglich gewesen, doch wolle die Regierung den Etat für 1867 so früh vorlegen, daß derselbe vor Beginn des neuen Jahres publizirt sein könne. Die Vorlage wird nach kurzer Debatte der Budgetkommission überwiesen. — Hierauf brachte der Finanzminister die Vorlage betreffend einen außerordentlichen Kredit für den Kriegs- und Marineminister ein. Dieselbe ist, außer für die noch bevorstehenden Kosten, zum Ersatz der aufgezehrten Bestände und zur Begegnung unvorhergesehener Eventualitäten bestimmt und umfaßt 60 Millionen Thaler.

Der Reg.-Entwurf eines Walgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes lautet wörtlich:

„Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc., verordnen unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie was folgt:

§ 1. Wähler ist jeder unbescholtene Preuße, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

§ 2. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen; 2) Personen, über deren Vermögen Concurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Concurs- oder Fallitverfahrens; 3) Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§ 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sollen angesehen werden: Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind.

§ 4. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder wahlberechtigte Preuße, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens 3 Jahren dem Staate angehört hat.

Verbüßte oder durch Begnadigung erlassene Strafen wegen politischer Verbrechen schließen von der Wahl nicht aus.

§ 5. Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in den Reichsrath keines Urlaubs.

§ 6. Auf durchschnittlich 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung ist ein Abgeordneter zu wählen. Ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen der Gesammtbevölkerung wird vollen 100,000 Seelen gleich gerechnet. Jeder Abgeordnete ist in einem besonderen Wahlkreise zu wählen.

§ 7. Die Wahlkreise werden zum Zwecke des Stimm-Abgebens in kleinere Bezirke eingetheilt.

§ 8. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demselben zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an einem Orte wählen.

— **Max v. Forckenbeck.** Forckenbeck ist am 21. October 1821 zu Münster in Westphalen geboren, ein Sohn des bewährten Juristen der alten preußischen Schule, des Appellationsgerichts-Chef-Präsidenten von Forckenbeck, der auch als Mitglied der ersten Kammer die Unabhängigkeit seiner Gesinnung bethätigte. Er absolvirte seine juristischen Studien auf den Universitäten zu Gießen und Berlin, machte hier 1847 sein Staats-Examen und betrat fast gleichzeitig mit seiner amtlichen, auch seine politische Laufbahn als Präsident des demokratisch-constitutionellen Vereins zu Glogau. Im Jahre 1849 wurde Max von Forckenbeck als Rechtsanwalt nach Ostpreußen versetzt. Seitens des Mohrunger Wahlkreises wurde er im Jahre 1858 in das Abgeordnetenhaus gewählt. Von da ab liegt sein öffentliches Leben vor dem Gedächtnisse der Leser; die Entstehung der jung-lithauischen Fraction inmitten der großen Vincke'schen Partei, der Austritt derselben, Forckenbeck und Hoverbeck an der Spitze, und ihre Entwickelung zur Fortschrittspartei, die Stellung und Thätigkeit dieser Partei in dem aus der Armee-Reorganisation hervorgehenden Conflicte, dessen bedeutendste Wendung zur Zeit der „Forckenbeck'schen Amendements" wieder an den jetzigen Präsidenten des Hauses geknüpft ist. Von seinem ursprünglichen Wahlkreise wiederholt wiedergewählt, ist dieser nur erst vor vier Wochen seinem alten Vertreter untreu geworden; in Voraussicht dessen hatte die Stadt Königsberg, in einer Partei-Organisation, welche anderen großen Städten wohl als Muster dienen könnte, unter Verzicht auf einen ihrer ursprünglichen wohlverdienten Vertreter, die Herren v. Forckenbeck und Hoverbeck zu ihren Abgeordneten gewählt. v. Forckenbeck steht in der ersten Reihe der Redner des Abgeordnetenhauses; scharfe, durchdringende Logik, durchsichtige Klarheil, nie verletzende Schärfe des Ausdrucks, zeichnen v. Forckenbeck's Reden aus, in denen sich zugleich die Festigkeit seiner verfassungstreuen Gesinnung und die Unabhängigkeit seines Charakters spiegeln. Dieselben Eigenschaften finden wir in seinen Commissionsberichten, von denen die über die Militärfrage wohl zu den bedeutendsten Staatsschriften zu rechnen sind. Bei aller Entschiedenheit der Gesinnung besitzt Herr v. Forckenbeck eine so große persönliche Liebenswürdigkeit und verbindet mit einer hohen geistigen Begabung eine, namentlich bei Politikern, so seltene Bescheidenheit, daß er durch diese Eigenschaften, die ihn selbst bei den Gegnern beliebt gemacht haben, sich in vorzüglicher Weise als Präsident empfiehlt. (Brl. Ref.)

— **Das Buschweib Affandy,** welches auch hierorts im vorigen Herbst zu sehen war, ist im Februar zu Ulm an der Brustwassersucht gestorben. Den Leichnam um den sich schon bei Lebzeiten der Affandy sieben Hochschulen beworben (unter anderen hatte auch die zu Berlin ein Gebot von 300 Thlrn. abgegeben), hat die Universität Tübingen erstanden.

— **Petroleum-Brand.** Antwerpen, den 10. August. Heute früh entstand Feuer auf der ersten Etage des der Firma Denis Haine gehörigen großen Waarenlagers am Place St. Walburga. Das Feuer griff trotz schnell herbeigeeilter Hilfe rasch um sich und gegen Mittag standen vier zusammenstehende herrliche Magazine mit ungeheuren Vorräthen von Wolle, Guano ꝛc. in vollen Flammen. In den Kellern befanden sich etwa 3600 Fässer Petroleum, wovon man etwa 800 Fässer in Sicherheit bringen konnte, bevor die Flammen sich näherten. Den Rest hoffte man durch Bedeckung mit Sand zu retten. Gegen 2½ Uhr war man des Feuers so weit Meister geworden, daß für die benachbarten Häuser die Gefahr vorüber war, obgleich man noch immer eine Explosion des unter den brennenden Trümmern in den Kellern befindlichen Petroleums befürchtete. Bis jetzt schätzt man den Schaden auf 2 bis 3 Millionen Francs, welcher von hiesigen und fremden Gesellschaften versichert ist. — Den 11. Aug., 9 Uhr 50 Minuten Vorm. Das Feuer nimmt schrecklich zu. Die umliegenden Cloaken und Keller sind mit Petroleum gefüllt welches explodirt; ein großer Theil der Stadt kann ein Raub der Flammen werden.

einen Besuch abzustattten, während das Dampfschiff mit den andern Kindern des kronprinzlichen Paares und dem Gefolge nach der Stadt weiter fuhr. Mit großem Interesse nahmen die hohen Gäste von den Einrichtungen der Anstalt Einsicht, durchschritten die Krankensäle, in welchen sie an die einzelnen Verwundeten ermunternde Worte richteten und eine Menge mitgebrachter Blumen, sowie schöne Früchte, Pfirsiche und Aprikosen, vertheilten. Nach halbstündigem Aufenthalt ward die Fahrt zu Wagen nach der Stadt fortgesetzt, woselbst die kronprinzliche Familie während der Nacht ihren Aufenthalt im Ständehause am Königsplatz nahm. Abends fand zu Ehren der hohen Gäste eine Illumination der öffentlichen Gebäude statt, die auch ziemlich allgemein sich auf die Privatgebäude ausdehnt hatte. Heute früh wird, der „Neuen St. Ztg." zufolge, das kronprinzliche Paar dem Militär-Gottesdienste beiwohnen, und sich Vormittags mit einem Extrazuge nach Berlin begeben.

Breslau, den 11. August. Ueber das Ableben des Generals v. Mutius und die Ueberführung seiner Leiche von Austerlitz nach Brünn und von dort nach Hohenfriedeberg geht der „Schl. Ztg." aus Brünn, unterm 8. August folgende Mtttheilung zu: „Nachdem der Verblichene sein Armeekorps in der glorreichen Schlacht von Königgrätz zum Siege geführt, nachdem er in gewohnter Rüstigkeit und Frische die Strapatzen der darauf folgenden Märsche ertragen, traf ihn plötzlich das Todeslos. Am 2. August in Austerlitz erkrant, ist er am 6. Vormittags 9½ Uhr im Schlosse des Grafen v. Kaunitz daselbst sanft entschlafen. Ein Sohn hat ihn in den Tagen der Krankheit gepflegt und ihm den letzten Liebesdienst erwiesen. Am 7. früh wurde die Leiche, eskortirt von einer Eskadron des in Austerlitz kantonnirenden 1. (Leib-) Husaren-Regiments, nach Brünn gebracht, wohin sich auf die Trauernachricht die sämmtlichen Offiziere und Beamten des 6. Armeekorps begeben hatten. In der Nähe des Schulgebäudes am Fuße des Spielberges, welche seitens des betreffenden Geistlichen mit großer Bereitwilligkeit zur Disposition gestellt worden war, fand unter Beisein eines zahlreichen Offizierkorps an dem reichgeschmückten Sarge, welcher vor dem mit Blumen verzierten Altar aufgestellt worden, eine kirchliche Feierlichkeit statt. In ergreifender Rede gab der Divisionsprediger Freyschmidt ein Bild von dem liebenswürdigin Charakter des Dahingeschiedenen. Nachdem der Geistliche den Segen gesprochen, wurde der Sarg durch Unteroffiziere des dritten Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 50 aus der Kirche getragen; vor demselben trugen die Adjutanten die Orden des Generals, das eiserne Kreuz, welches er sich als junger Held im Heiligen Befreiungskampfe 1813 erworben, den Orden pour le mérite, den ihm am Abend seines Lebens sein königlicher Kriegsherr als eine Anerkennung der Leistungen des von ihm geführten Armeekorps in dem letzten Riesenkampfe verliehen, und die andern Zeichen königlicher Gnade für das, was er dem Vaterlande in seiner langen, treuen Dienstzeit geleistet. Die zur Leichenparade aufgestellten Truppen, 2 Bataillone des 2. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 50 und 1 Eskadron des 2. Schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 8, präsentirten das Gewehr und geleiteten dann unter den feierlichen Klängen eines Trauermarsches, und begleitet von einer zahllosen Menschenmenge, die sterlichen Ueberreste ihres geliebten Generals nach dem Bahnhofe. Dort angekommen wurde aufmarschirt und noch einmal mit präsentirtem Gewehr das letzte Honneur erwiesen. Unter dem Geleit des Sohnes, sowie eines Adjutanten und einiger Ordonnanzen ist darauf die Leiche mit der Eisenbahn zu ihrer letzten Ruhestätte in der Familiengruft bei Hohenfriedeberg geschafft worden.

Der König hat auf die Nachricht vom Tode des Generals v. Mutius an das General-Kommando des 6. Armee-Korps folgendes Telegramm gerichtet: „Ich betrauere mit dem 6. Armee-Korps den Tod seines tapfern Führes, im Frieden und Kriege gleich bewährt, was dem Korps bekannt zu machen ist.

Dresden, den 11. August. Es sind von der preußischen Verwaltung heute Schritte geschehen, um die Beschlagnahme der bekannten Broschüre von Treitschke durch die Leipziger Polizei sofort aufzuheben.

Stuttgart. In einer gestern stattgehabten (von Hölder berufenen) Versammlung, der sich auch Gesinnungsgenossen aus Tübingen und Canstadt angeschlossen, konstituirte sich eine „deutsche Partei" mit mit dem Programm: „Keine Trennung Deutschlands nach der Mainlinie". Außerdem sprach sich einstimmig die Ansicht aus, daß unter den obwaltenden Umständen ein Wechsel wenigstens der leitenden Persönlichkeiten in unserem Ministerium geboten sei, sowohl um des Friedenswerks willen, das dadurch erleichtert würde, als im Interesse der künftigen Stellung der würtembergischen Politik zum deutschen Bundesstaat.

Flensburg, den 14. August. Die „Flensb. Nordd. Ztg." bringt den Aufruf des Vorstandes der Nationalpartei an die Parteigenossen: Die territoriale Integrität der Herzogthümer, heißt es darin, sei durch Art. 3 der Wiener Präliminarien abermals in Frage gestellt. Man dürfe sich nicht verhelen, daß die Mehrzahl des deutschen Volkes gegenwärtig geringes Interesse an dieser Frage nimmt und sie als eine untergeordnete Grenzberichtigung betrachtet. Die früheren Sympathien seien durch die Parteikämpfe der letzten Jahre entfremdet. Den Schleswig-Holsteinern müsse die Sache in anderem Lichte erscheinen. Wichtige materielle Interessen zwischen Nord- und Südschleswig ständen auf dem Spiele. Es handle sich um dauernde Beruhigung. Wenn die deutschen Bürgerschaften in den nordschleswigschen Städten durch Bildung und Wohlstand hervorragende deutsche Grundbesitzer, der Dänenherrschaft abermals preisgegeben würden, dürfte bald eine neue nordschleswigsche Frage entbrennen, ein Gegenstand der Unruhe und Zwietracht für Deutschland und Dänemark. Es war sicherlich nicht wohlgethan, daß diese Wunde wieder aufgerissen wurde. Die nordschleswigsche Bevölkerung dänischer Zunge habe erfahren, daß unter der Herrschaft Preußens die nationalen Besonderheiten nicht gefährdet sind und die Zusammengehörigkeit mit dem Großstaate Preußen Vortheil bietet, und sich darum in die neue Ordnung der Dinge willig gefunden. Nur die Agitation der dänischen Partei habe die Einmischung des Auslandes angerufen. Es sei Pflicht aller Schleswig-Holsteiner, ohne Unterschied der Partei der Gefahr entgegenzuwirken; das Losungswort: „Keine Theilung" werde auch heute wie auf der Londoner Konferenz seine Wirkung nicht verfehlen, wenn Alle mannhaft daran festhalten.

Die Bitte des Vorstandes an die Parteigenossen und an alle Vaterlandsfreunde gehe nun dahin, diese ihre entwickelten Ansichten zu vertreten und dahin zu wirken, daß dieselben dem Könige von Preußen durch Adressen und Deputationen unterbreitet würden.

Oesterreich. Die Hoffnungen der Ungarn auf Concessionen Seitens der Wiener Regierung sind abermals getäuscht worden. Graf Andraßy ist unverrichteter Dinge von Wien nach Pest zurückgekehrt. Er war, wie der „Wanderer" bemerkt, von der besten Hoffnung beseelt, als er nach Wien reiste, und ließ sich von seinen Bemühungen nicht abschrecken, bis er in der österreichischen Hauptstadt täglich schlimmere Eindrücke empfing. Jetzt hat er die Ueberzeugung zurückgebracht, daß der Wiener Hof den geeigneten Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachtet, den Ansprüchen des ungarischen Landtages gerecht zu werden.

— Von der galizischen Grenze, wird der „Ostſ.-Ztg." über die schon gemeldeten Unruhen geschrieben: Das von der österreichischen Regierung unterstützte Unternehmen des Gr. Starzenski, ein Freiwilligencorps aus verabschiedeten Soldaten zu bilden, hat unter der ländlichen Bevölkerung in Galizien große Aufregung hervorgerufen und an vielen Orten zu den gröbsten Excessen geführt. Als nämlich die verabschiedeten Soldaten, die größtentheils verheirathet sind und ein kleines Grundstück besitzen, weil sie sich nicht freiwillig gemeldet hatten, zum Eintritt in das Freiwilligen-Corps gezwungen werden sollten und zu diesem Zweck zur Gestellung vor die Kreisämter beordert waren, rotteten sie sich in Verbindung mit den Bauern der Umgegend haufenweise zusammen, griffen die Kreisämter an und begannen die größten Gewaltthätigkeiten. In dem Städtchen Brzeck, unweit Bochnia an der Eisenbahn, kam es zu einem förmlichen Aufruhr. Die Bauern, die sich in großer Anzahl versammelt hatten, griffen das dortige Kreisamt mit einem Hagel von Steinen an, zerschlugen die Fenster, hoben die Thüren aus, drangen, nachdem sie die Gendarmen entwaffnet hatten, in die Büreaus, mißhandelten den Kreishauptmann und die untergebenen Beamten und warfen sie zu den Thüren hinaus. In Krakau kam es zwar nicht zu solchen aufrührerischen Scenen, aber die Einberufenen erklärten kurz und bündig: sie hätten ihre Capitulationen abgedient und dächten nicht daran, zum zweiten Mal zu dienen; wenn der Kaiser Soldaten brauche, so könne er aus den Beamten „gezwungene Freiwilligen-Corps" bilden. Dieselben Scenen wiederholten sich überall ohne Ausnahme, als ob die Leute sich verabredet hätten. In Folge derselben ist das Project, aus verabschiedeten Soldaten ein Freiwilligen-Corps zu bilden, definitiv aufgegeben worden Die durch die versuchte Einführung dieses Projects hervorgerufene Aufregung unter den Bauern ist dadurch aber keineswegs beschwichtigt worden, sie ist vielmehr noch fortwährend im Wachsen. Der eingeschüchterte Adel bittet und beschwört die Regierung, zu seinem Schutz wieder Militär nach Galizien hereinzuziehen. Mehrere Gutsbesitzer haben bereits die Flucht ergriffen.

Frankreich. Der militairisch-politische Correspondent des „Siècle" bespricht heute in einer Correspondenz aus Berlin die Intriguen, die am preußischen Hofe gesponnen würden, um den König zu bestimmen, den verjagten Fürsten ihre Throne wiederzugeben. Rußland, das seinen Restaurations-Congreß habe fallen lassen, bemühe sich jetzt direct beim Könige zu Gunsten derselben, und Hr. v. Oubril, der ein feiner und schlauer Diplomat sei, suche auf den König einzuwirken, indem er ihm vorstelle, daß er ganz gegen die Ansichten seines verstorbenen Bruders handle, mit der Revolution einen Pact zu schließen im Begriff stehe und Fürsten, welche noch 1848 mit großer Energie gegen die Revolution angekämpft hätten, ihrer ihnen von Gott anvertrauten Throne beraube. Außerdem bestürmten die verschiedenen Fürstinnen und Prinzessinnen mit ihren Bitten das Herz des Königs, der im Grunde der beste Mensch sei und deshalb kaum den Thränen und Klagen, die man vor ihm ausschütte, widerstehen könne. Hr. v. Bismarck habe jetzt eine schwere Aufgabe; er müsse gegen das, was er einst die „cousinage" genannt, ankämpfen. Der Correspondent des „Siècle" spricht sich gegen die Restauration der entflohenen Höfe aus, da dieselben nur Herde russischer und österreichischer Intriguen bilden würden.

— Der „Abendmoniteur vom 14. schreibt: „Die „Times" entdeckt in den Pferde- und Salpeter-Ankäufen Kriegsabsichten Frankreichs. Die Remonte wurde nur wegen der fremden Concurrenz beschleunigt weil während des Krieges 20,000 Pferde ausgeführt sind. Der beste Beweis für die friedlichen Absichten des Kaisers ist die Entlassung der Altersklassen von 1859. Der Marschall Mac Mahon ist nur wegen des Todes seines Schwiegervaters zurückgekehrt.

Schweden. Die vom Ritterhause beschlossene neue Ritterhaus-Ordnung ist von Sr. Majestät dem Könige bestätigt worden. Dieses hat einiges Erstaunen erweckt, da nämlich in derselben vorgeschrieben ist, daß zur giltigen Beschlußnahme, in Betreff der Privilegien des Adels, 2 Drittheile der abgegebenen Stimmen erforderlich sind. Da nun die neue Verfassung (Reichstags-Ordnung) die Bestimmung enthält, daß die Privilegien des Adels nicht ohne Zustimmung desselben verändert werden können und das Ritterhaus das bleibende Organ für den Adel als Corporation ist, so folgt daraus, daß ein Theil der Reichsgesetzgebung von einer Minderzahl dieser Corporation abhängig gemacht worden ist.

Provinzielles.

Pr. Stargardt, den 10. August. (D. Z.) In den Spengawker Waldungen, im sogenannten Theresenhain ist gestern eine Bande von 10 Personen, 3 Männer, 2 Frauen und 5 Kinder in einer Höhle aufgefunden. Dieselben wurden gestern Vormittag durch einen Gendarmen der hiesigen Staatsanwaltschaft überliefert und die Erwachsenen nebst einem 3 Monate olten Kinde, welches der Muter verblieb, im Gefängniß internirt, die 4 anderen Kinder aber im Arbeitshause untergebracht. Der eine der Männer ist bereits wegen Diebstahl bestraft und vor einigen Wochen aus dem Gefängniß in Graudenz entlassen.

Königsberg. Die durch den Krieg herbeigeführte Zerrüttung aller Verkehrsverhältnisse und die dadurch herbeigeführte Erschütterung des Credits sind in unserer Provinz, obschon sie weit entfernt vom Kriegsschauplatze liegt, so tief einschneidend, daß auch der jetzt endlich gesicherte Friede noch nicht im Stande ist, eine merkliche Besserung der Zustände herbeizuführen. — Wenngleich die Creditlosigkeit sich in etwas gemindert hat, in diesem Augenblicke für gedrängte Besitzer und Kauflente wenigstens die Möglichkeit da ist, sich Geld, wenn auch zu enormen Zinsen, zu beschaffen, so ist doch an eine Verminderung der Concurse und Subhastationen in der nächsten Zeit noch nicht zu denken. Es würde im Gegentheil gar nicht überraschend sein, wenn ihre Zahl sich sehr bald vermehren würde — einmal, weil so lange der Krieg dauerte, viele Gläubiger Anstand nahmen, ihre Schuldner bis auf das Aeußerste zu drängen, und sodann, weil eine nicht kleine Anzahl von Grundbesitzern, so lange sie im Militairdienst waren, wegen ihrer Schulden nicht verfolgt werden konnten.

— An der großen Weltausstellung, welche 1867 in Paris stattfindet, werden auch renommirte Fabrikanten und Industrielle aus Königsberg und der Provinz sich betheiligen. — Die Eröffnung der Südbahnstrecke bis Bartenstein wird im September d. Jahres stattfinden. Daß von anderen und namentlich von Privatbauten in diesem Jahre nicht viel die Rede ist, liegt nicht allein in den kriegerischen Wirren, sondern hauptsächlich auch daran, daß hier während der letzten Jahre sehr viel gebaut worden und den Hauptbedürfnissen dadurch für eine Reihe von Jahren genügt worden ist. — Am Dienstage sind der noch immer herrschenden Cholera wegen sämmtliche Schuldgefangene aus dem überfüllten Neuen Thurme, wie theilweise aus dem Inquisitoriat, entlassen worden. Es befinden sich darunter mehrere Personen, welche bereits geraume Zeit saßen, und für die Seitens ihrer Gläubiger noch auf recht lange Quartier gemacht war.

□ Bromberg, den 14. August. [Verwundete; Landwirthschaftliches.] Am Sonnabend Abend kamen hier mit dem Berliner Bahnzuge ca. 150 österreichische Verwundete an und wurden nach dem Hauptlazareth geschafft; desgleichen wurden gestern 38 verwundete Preußen dem qu. Lazarethe übergeben. Diese kamen Vormittags ebenfalls mit dem Berliner Bahnzuge an und waren von verschiedenen Regimentern.

Es dürfte namentlich für Gutsbesitzer von Interesse sein, wenn wir einmal auf das seit nunmehr 12 Jahren hier bestehende große landwirthschaftliche Etablissement von H. B. Maladinsky & Co., das in letzter Zeit einen so bedeutenden Aufschwung genommen, hindeuten. Das Lager des gedachten Etablissements enthält alle nur existirenden zur Herbstaussaat sich eignenden Samen und Getreidegattungen und liefert solche in anerkannt reeller Weise, weshalb der Firma das Vertrauen des Publikums auch in so reichem Maße zu Theil geworden. Auch führt die Handlung künstliche Düngemittel, Maschinen, Geldspinde 2c. In Bezug auf Maschinen versäumt das Etablissement keine Gelegenheit, von den Fortschritten im Gebiete der Landwirthschaft Notiz zu nehmen. So z. B. hat Herr Maladinsky im vorigen Jahre eine locomobile Dampf-Dreschmaschine angeschafft und solche den Gutsbesitzern gegen eine angemessene Entschädigung zur Benutzung offerirt.

Posen, den 13. August. Da gleichzeitig mit der Räumung Böhmens und Mährens durch unsere Truppen auch die dortigen preußischen Lazarethe aufgelöst werden, so findet schon jetzt eine successive Ueberführung der in jenen Lazarethen liegenden Verwundeten nach schlesischen Lazarethen statt, welche die in ihnen liegenden transportablen Verwundeten entfernter liegenden Lazarethen überweisen. An dergleichen Verwundeten gingen vorgestern Mittag 250 Mann von Breslau nach Bromberg hier durch; die gestrigen Züge brachten weitere Transporte für das hiesige Lazareth. Welche Fürsorge man den armen Verwundeten widmet beweist auch, daß durch Erlaß des Kriegsministeriums angeordnet worden, daß transportable Amputirte nach solchen Reservelazarethen dirigirt werden sollen, wo am Orte tüchtige Techniker für künstliche Glieder wohnen. — Heute Morgen 5 Uhr ging mittelst Extrazu-

§ 9. In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens 4 Wochen vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und ist dies öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen 8 Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

§ 10. Die Wahlhandlung ist öffentlich; bei derselben sind Gemeinde-Mitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeinde-Amt bekleiden. Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

§ 11. Die Wahl ist direct. Sie erfolgt durch absolute Stimmen-Mehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist nur unter den 7 Candidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§ 12. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§ 13. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahl-Direktoren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von der Staatsregierung bestimmt."

Zur Situation.

Die „Spen. Zeitung" enthält folgende anscheinend offiziöse Notiz: „Berliner Abendblätter haben auswärtige Telegramme reproduzirt, nach welchen die französische Regierung an Preußen Forderungen gestellt habe, die auf Gebietsabtretungen hinausliefen. Wir sind in den Stand gesetzt, diese Nachrichten für unbegründet zu erklären und zu versichern, daß die freundschaftlichen und vertraulichen Beziehungen beider Regierungen zu einander durch keine der schwebenden Fragen beeinträchtigt worden sind."

Es versteht sich von selbst, daß hiermit nur die Stellung bestimmter „Forderungen" bestritten wird. Daß das französische Kabinet die Frage der „Kompensationen" angeregt hat, wird von allen Seiten bestätigt. Allerdings ist das Thema nur in bedingter Weise zur Sprache gebracht, so daß Frankreich es wieder fallen lassen würde, wenn Preußen Norddeutschland nach dem Sinne des französischen Kabinets konstruiren wollte. Ein Lieblingsgedanke des letzteren war es bekanntlich früher, daß die deutschen Gebiete auf dem linken Rheinufer in eine Anzahl kleiner, selbständiger Staaten zerstückelt werden sollten, um sie auf diese Weise für die spätere Auffaugung durch Frankreich zuzurichten.

Was auch der „Constitutionel" über die freundschaftlichen Gefühle der französischen Regierung sagen mag, so weiß in Deutschland doch Jedermann, daß ein neuer fanatischer Racenkrieg und eine tödtliche Feindschaft auf ein weiteres Jahrhundert heraufbeschworen wird, wenn mit den Kompensationsideen irgendwie Ernst gemacht würde. Es bleibt daher immer ein gefährliches Spiel, dergleichen Zündstoff in die so leicht erregbare französische Nation zu werfen. Die Pariser Presse wird sich bald nur noch mit diesem Thema beschäftigen, und an den entsprechenden Antworten von deutscher Seite kann es unmöglich fehlen. Nur eine rasche Hinstellung vollendeter Thatsachen von deutscher Seite kann die Gefahren dieser Diskussion abschneiden; mag man dann in Paris zusehen, wie man sich zu einem solchen Abschluß stellen will.

Es machen sich in Paris gegen die Ansprüche Frankreichs auf eine Gebietsentschädigung vielfache Bedenken geltend; in nüchterneren Kreisen fehlt es nicht an Vertretern der Ansicht, daß dieselben nicht durchzuführen seien und an dem Widerspruche der übrigen europäischen Mächte und dem wiedererwachten deutschen Nationalgefühl scheitern würden. Es wird sogar behauptet, daß jene Ansprüche nicht ganz ernstlich gemeint und nur scheinbare Zugeständnisse an den Chauvinismus seien. Wie dem auch sei, so war das französische Kabinet jedenfalls in der Lage, eine abschlägliche Antwort zu erwarten. Graf von der Goltz soll denn auch sofort geäußert haben, Preußen habe zu große Siege errungen.

Das „Siécle" veröffentlicht den letzten Brief, den sein militärisch-politischer Korrespondent, Herr Vilbort, vor der Abreise von Berlin geschrieben hat. Derselbe theilt aus guter Quelle mit, daß das Tuilerienkabinet mit der preußischen Regierung einen Ideenaustausch über die französischen Grenzen und über die beträchtliche Vergrößerung Preußen eröffnet hat. „Der französische Gesandte hatte am 7. Abends eine zweistündige und am folgenden Tage wiederum eine lange Unterredung mit Herrn v. Bismarck. Das wäre vielleicht zu viel behauptet, wenn man sagen wollte, daß die Frage der rheinischen Grenzen offiziell aufgeworfen ist, aber ich glaube versichern zu können, daß hierüber diplomatische Unterhandlungen stattgefunden haben und ich kann beifügen, daß Preußen sich wenig geneigt zeigt, Frankreich auf der Bahn der Gebietskompensationen zu folgen. Dies erklärt vielleicht auch, warum der König von Preußen in seiner Rede nichts von den preußischen Annexionen gesagt hat. Die Beziehungen zwischen beiden Regierungen sind jedoch fortwährend sehr herzlicher Natur. Beide bezeugen das gleiche Verlangen, das gute Einvernehmen, zwischen Frankreich und dem neuen Deutschland zu erhalten und die internationalen Bande für die Zukunft fester zu knüpfen. In dieser Beziehung wird die Regierung von der öffentlichen Meinung in Preußen unterstützt. Man hat in der letzten Zeit allgemein anerkannt, welche moralische Unterstützung die französische Politik gewährt hat, und die so lange gegen Frankreich feindselige und mißtrauliche öffentliche Meinung kam aus freien Stücken einer Allianz mit Frankreich entgegen. Allein ich muß es freimüthig gestehen, französische Anforderungen, welche das deutsche Nationalgefühl verletzten, würden das ganze Volk um den König von Preußen schaaren." Schließlich theilt Herr Vilbort noch einige Worte mit, die Graf Bismarck gesprochen, als sich der Korrespondent des französischen Blattes bei ihm verabschiedete. Nehme ich den Krieg oder den Frieden nach Paris mit?" fragte ihn dieser. — „Die Freundschaft, die dauernde Freundschaft mit Frankreich, erwiderte Graf Bismarck. „Ich hege die feste Hoffnung, daß Frankreich und Preußen fortan den Dualismus der Intelligenz und des Fortschritts bilden werden. Und ich gedenke nächstens nach Biaritz, das meine Verjüngungsquelle ist, zu gehen." Ueber Italien äußerte sich an demselben Abend Herr v. Bismarck in folgender Weise: „Es verdiente ein besseres Schicksal, es hat sich wacker geschlagen und seine Politik war äußert loyal. Ich begreife nur nicht, daß man auch von Custozza über den Mincio zurückgegangen ist. Alle Berichte die ich über diese Schlacht nicht von Italienern sondern von preußischen Agenten erhalten habe, bestätigen, daß die italienische Armee an jenem Tage keine Niederlage erlitten hat. General Lamarmora hätte gerade so gut einen Sieg anzeigen können, und, wenn er, anstatt über den Mincio zurückzugehen, am andern Tage vorwärts gegangen wäre und seine militärischen Operationen fortgesetzt hätte, so würde dies die Sachlage durchaus verändert haben." Herr Vilbort kann gelegentlich dieses Abschiedsbesuchs nicht umhin zu konstatiren, daß dieser fürchterliche Minister in seiner Häuslichkeit der liebenswürdigste sanftmüthigste Mann von der Welt und ein eben so guter Gatte wie Vater ist.

Nach der „B.- u. H.-Z." ist die Regierung so eifrig mit der Ausführung ihrer Annexionspläne beschäftigt, daß die hierauf bezüglichen verfassungsmäßigen Vorlagen möglicherweise noch in dieser Session dem Landtage werden gemacht werden können.

Die Forderungen Preußens Sachsen gegenüber bestehen nach einer Dresdener Mittheilung in Folgendem: Militär-Oberhoheit, Ordnung des Post-. Telegraphen- und Zollwesens durch den künftigen Norddeutschen Bund, Abgabe der diplomatischen Vertretung und eine bedeutende Kriegssteuer. Nicht ganz unmöglich ist nun die seit ein paar Tagen umlaufende Nachricht, daß König Johon von Sachsen enschieden erklärt habe, daß er unter solchen belästigenden Bedingungen die Krone Sachsens nicht tragen werde.

Berlin, den 14. August. Den „Hamb. Nachr." wird über die Haltung Frankreich von hier geschrieben: „Daß Frankreich die Rheingrenze zu erörtern angefangen habe, wie das „Siécle" meldet, scheint in dieser Form nicht richtig. Das Londoner Telegramm, welchem zufolge es sich um die Grenzen von 1814 handelt, wird im Wesentlichen zutreffender sein. Der erste Pariser Frieden von Ende Mai 1814 hatte Frankreich dessen Grenzen 1792 belassen und Landau hinzugefügt. Frankreich soll übrigens auch an Luxemburg denken, Luxemburg allein aber ungenügend finden und durch die sogenante Saarlinie arrondiren wollen. Die Forderung soll mehr diplomatisch erörtert und bedingungsweise angedeutet als offiziell formulirt worden sein — bedingungsweise, wenn nämlich Preußen, statt den Zusammenhang seines Territoriums herzustellen, den ganzen Norden, (mit Ausnahme Sachsens) annektire. Es versteht sich, daß Preußen entschieden abgelehnt hat und daß eine offiziell aufgestellte Forderung dieselbe Antwort erhalten würde. — Man glaubt in politischen Kreisen nicht, daß ein ernstlicher Konflikt sobald daraus entstehen werde. Frankreich wird sich wohl besinnen. Inzwischen ist aus mehreren Anzeichen zu erkennen, daß Preußen auf alle Fälle seine Vorkehrungen trifft."

Uebrigens versichert heute auch die „N. Pr. Ztg." daß die französische Regierung keine „Forderungen" gestellt hat, daß die Beziehungen zu ihr die freundlichsten sind, und daß „aus alledem so viel wohl gewiß folgt, daß zu irgend welchen Besorgnissen für jetzt kein Grund vorliegt." Nach demselben Blatte wird der Abschluß des Friedens zwischen Preußen und Oesterreich in allernächster Zeit erwarten. Der Friede zwischen Oesterreich und Italien werde entweder gleichzeitig oder doch nur im vollkommenen Einverständnisse mit Preußen abgeschlossen werden.

Florenz, den 13. August. Oesterreich hat sich bereit erklärt, die Friedensverhandlungen mit Italien auf direktem Wege zu führen. Die italienischen Bevollmächtigten werden im Stande sein, gleichzeitig einen Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und Italien abzuschließen. Italien ist fortdauernd in vollständigem Einvernehmen mit Frankreich und Preußen und wird in Betreff der Grenzregulirung Venetiens durch Frankreich, England und Preußen unterstützt. Man giebt sich der Hoffnung hin, daß die noch schwebenden Fragen auf friedlichem Wege eine zufriedenstellende Lösung finden werden. Eine befriedigende Ordnung der Grenzfrage würde jeden Grund zu künftigen Verwickelungen zwischen Italien und Oesterreich beseitigen, die in gleicher Weise guter Handelsbeziehungen und einer inneren Reorganisation bedürfen. — Die „Nazione" glaubt, die Verhandlungen zwischen Italien und Oesterreich werden gleichzeitig mit denen zwischen Preußen und Oesterreich in Prag stattfinden.

— Die „Spen. Ztg." vom 14. Aug. meldet: „Die Friedensverhandlungen mit Württemberg und Baden sollen dem Abschlusse nahe sein. Wir hören dagegen, daß die Verhandlungen mit Bayern wegen hervorgetretener Differenzen in Stillstand gerathen sind, so daß mit dem Abschluß des Waffenstillstandes am 22. August der Wiederbeginn des Krieges gegen Bayern eintreten würde, falls bis dahin die Situation noch unverändert sein sollte."

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 14. August. Der König hatte eine längere Unterredung mit Hrn. v. Roggenbach. — Der „B. Mont.-Ztg." zufolge wird der König Berlin für nächste Zeit nicht verlassen. Da die Garden in den ersten Tagen des Septembers nach Berlin zurückkehren sollen, und der Friede bis dahin geschlossen sein dürfte, so vermuthet man, daß der König den Truppen entgegenreisen und an ihrer Spitze seinen feierlichen Einzug in Berlin halten dürfte. — Der hiesige niederländische Gesandte, welcher die Vertretung der österreichischen Interessen in Preußen übernommen hat, ist jetzt angewiesen worden, allen in diesseitiger Gefangenschaft befindlichen österreichischen Offizieren Unterstützung angedeihen zu lassen, sofern dies gefordert würde. Die preuß. Ortspolizeibehörden haben in Folge dessen Weisung erhalten, Erhebungen anzustellen und die Resultate zu melden. (B. Mtgsz.)

— Zum General-Gouverneur des Königreichs Hannover wird nach der „Kreuzztg." der General-Lieutenant v. Voigts-Rhetz ernannt werden (während des Krieges Chef des Generalstabes der ersten Armee).

— Wie es heißt, wird Mainz, nachdem es den Waffenstillstands-Bedingungen gemäß von den früheren Bundes-Truppen geräumt sein wird, schon in Kurzem von Preußen besetzt werden.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt: Der Bündniß-Vertrag, welchen Preußen den befreundeten Regierungen vorlegt, ist von den Bevollmächtigten derselben theils schon unterzeichnet, theils wird der Unterzeichnungsact demnächst stattfinden. — Die Vorbereitungen der in Aussicht genommenen Annexionen sind sicherem Vernehmen nach in ununterbrochenem Gange. Die Besorgniß, daß ihrer Ausführung Gefahr drohe, ist ganz unbegründet. Die bezüglichen Vorlagen dürften dem Landtage demnächst zugehen.

— Durch Erlaß des Kriegsministeriums ist angeordnet worden, daß transportfähige Amputirte nach solchen Reservelazarethen dirigirt werden, wo am Orte tüchtige Techniker für künstliche Glieder wohnen. — Ein weiterer Erlaß desselben Ministeriums bestimmt, daß den schon zum einjährigen freiwilligen Dienst als Militär-Pharmaceut notirten Apothekergehilfen auch während der Mobilmachung die Vergünstigung, in ihrem Fache ihrer Dienstpflicht zu genügen, erhalten bleibt, falls sie sich dem Chef des Militär-Medicinalwesens zur unbedingten Disposition stellen.

— In dem Unterrichtsministerium geht man gegenwärtig nach Mittheilung der „Nation.-Ztg.", mit dem Plane um, das Progrommwesen der höheren Schul-Anstalten neu zu gestalten und etwa nur alle drei Jahre gelehrte Abhandlungen erscheinen zu lassen. Die Schulcollegien sind deßhalb zu gutachtlichen Berichten von dem Unterrichtsministerium aufgefordert und veranlaßt worden, auch die Meinungen der Gymnasial-Directoren zu hören.

— Die preußische Thronrede ist wörtlich durch das atlantische Kabel nach Amerika telegraphirt worden, so daß sie zwei Tage, nachdem sie gehalten worden, in allen Zeitungen Amerika's zu lesen war. Freilich war sie etwas theuer, sie kostete 900 Pfd. Sterl., also etwa 6000 Thaler und es hat diese Summe wieder der berühmte amerikanische Krösus, Herr Peabody bezahlt.

— Der vor einigen Tagen publizirte Erlaß des Kriegsministers und des Ministers des Innern an die K. Oberprovinzialbehörden, daß das zweite diesjährige Ersatzgeschäft sofort wieder aufzunehmen sei, soll, wie die „B. B-Z." meldet und wie auch das „B. Frdbl." hört, wieder zurückgenommen sein.

Von Seiten des Obercommandos der K. Marine wird im „Staatsanz." folgendes bekannt gemacht: „In verschiedende Zeitungen ist ein angeblich über Paris nach Triest am 10. d. Mts. gelangtes Telegramm enthalten, welches die Nachricht bringt, daß in den mexikanischen Gewässern ein Gefecht zwischen der preußischen Korvette „Dandolo" stattgefunden habe. Die „Vineta" war am 13. Juni noch bei Valparaiso (Westküste von Süd-Amerika), und gingen Berichte derselben, von diesem Tage datirt, hier am 1. August ein. Postsachen von dort haben allemal 48 bis 49 Tage gebraucht. Die österreichische Corvette „Dandolo" war aber in den mexikanischen Gewässern (also an der Ostküste von Central-Amerika) stationirt, und ist nicht anzunehmen, daß dieselbe nach der Westküste gegangen sei, ohne daß es durch die Zeitungen hier bekannt geworden. Es wird der obigen Nachricht mithin so lange kein Werth beizulegen sein, bis von Sr. Maj. Schiff „Vineta" Berichte eingegangen sein werden."

Stettin, den 12. August. Gestern Vormittag $10\frac{1}{4}$ Uhr trat die kronprinzliche Familie ihre Rückreise von Heringsdorf an. Das Dampfschiff „Prinzeß Royal Victoria", dessen Verdeck durch eine reiche Dekoration schöner Topfgewächse geschmackvoll geziert und durch übergespannte Zelte gegen die ziemlich ungünstige Witterung geschützt war, nahm vor Heringsdorff die hohen Gäste nebst Gefolge auf, passirte dann um $10\frac{3}{4}$ Uhr Swinemünde, woselbst kein weiterer Aufenthalt stattfand und traf um $2\frac{1}{2}$ Uhr bei Frauendorf ein. An Bord des Schiffes war während der Fahrt ein Dejeneur veranstaltet worden. Der Kronprinz, die Kronprinzessin und der älteste Sohn nahmen nach der Landung des Schiffes in einer Equipage Platz und fuhren sofort, begleitet von dem Hoch der versammelten Menge, nach dem Johanniter-Krankenhause in Züllchow, um den dort befindlichen verwundeten Kriegern

ges eine gezogene sechspfündige Ersatzbatterie des 5. Artillerie-Regiments von hier nach Dresden. — Von Schloß Chotzen in Böhmen geht der „Pos. Ztg.“ folgende amtliche Berichtigung zu: „Ein Artikel der „Posener Zeitung“ vom 4. d. M., betreffend die Beschlagnahme einer Nummer des „Dziennik poznanski“, in welchem die Mittheilung der „Schlesischen Zeitung“ besprochen sein soll, nach der Se. Excellenz der kommandirende General v. Steinmetz es von Sr. Majestät dem Könige als eine Gnade für das 5. Armeekorps erbeten habe, dasselbe aus der Provinz Posen heraus zu verlegen, veranlaßt zu der Erklärung, daß Se. Exc. weder Veranlassung noch Gelegenheit gehabt hat, eine derartige noch überhaupt irgend eine Gnade von Sr. Majestät dem Könige zu erbitten, und daß diese ganze Angelegenheit lediglich aus der Luft gegriffen ist.“

Lokales

— Petition an das Abgeordnetenhaus. Von dem engeren Verbande der Vorschußvereine in Westpreußen und Posen, mit dem Vororte Thorn, deren Vorsitzender der hiesige Kaufm. H. Schwartz ist, ist folgende Petition dem Abgeordnetenhause dieser Tage überreicht:

„Hohes Haus der Abgeordneten!

Die Schwierigkeiten, welche sich bisher der freien Bewegung der Genossenschaften in den Weg stellten, haben sich bei der Crediterschütterung der letzten Monate nur noch fühlbarer gemacht. Das Bedürfniß nach Erlaß eines Gesetzes, durch welches die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften, insbesondere bezüglich der Erwerbung und Verfolgung von Vermögensrechten, geregelt wird, ist in letzterer Zeit dringender als je geworden. Im Jahre 1863 hatte die Commission des Abgeordneten Hauses einen Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften, angenommen. Dieser Entwurf enthält Alles, was das Interesse erfordert. Deshalb bitten wir Ein hohes Haus der Abgeordneten ebenso dringend als ergebenst:

„auf Erlaß eines mit diesem Entwurfe übereinstimmenden Gesetzes hinwirken zu wollen.“

Wir bemerken dabei, daß wir den in diesem Jahre im Herrenhause eingebrachten Gesetzentwurf schon deshalb nicht als annehmbar erachten können, weil derselbe die Rechtsfähigkeit der Genossenschaften von der Genehmigung der Verwaltungsbehörden abhängig macht, und dadurch mit dem Prinzip der Selbsthilfe und Selbstverwaltung in Widerspruch tritt und somit das Lebensprinzip der Genossenschaften antastet.“

— Musikalisches. Das Konzert der Fräul. Holland wird aller Wahrscheinlichkeit am n. Sonntag d. 19. d. M. stattfinden.

In den nächsten Tagen haben wir Konzerte des Violinisten Herrn Leonhard Müller und seiner Gattin, einer Sopransängerin zu erwarten. Beide haben in letzterer Zeit in mehreren Nachbarstädten, z. B. Marienwerder, Graudenz, Kulm ꝛc. mit großem Beifall konzertirt. Herr Müller ist, wie wir in der „Bresl. Zeit.“ lesen, ein solider, tüchtig geschulter, musikalisch-verständiger Geiger, der besonders im Vortrag cantabler Stellen meisterhaft ist und seinem Instrumente einen starken, dabei doch stets edlen und weichen Ton zu entlocken versteht. Frau Müller ist eine in jeder Beziehung routinirte Sängerin, — sehr deutliche Aussprache und Reinheit der Intonation zeichnen sie vor Allem aus. Dieses anerkennende Urtheil über beide Künstler finden wir auch in den Mittheilungen aus Marienwerder und Graudenz ausgesprochen.

— Die Polizeibehörde richtet, das theilen wir auch in Bezug auf das Eingesandt in Nr. 122 u. Bl. mit, ihre Aufmerksamkeit seit längerer Zeit auf die Qualität der zu Markte gebrachten Lebensmittel, als z. B. des Obstes, der Fische ꝛc., und hat namentlich schon mehrmals unreifes Obst vom Markte zurückgewiesen.

— Die Landlieferungen. Der Minister des Innern hat, wie die „Nat.-Ztg.“ mittheilt unterm 29. v. Mts. die Oberpräsidenten benachrichtigt, daß auf sein Ersuchen der Finanzminister sich damit einverstanden erklärt hat, den Bedarf des Heeres an Brodmaterial, Fourage, sowie Fleisch aus Staatsmitteln zu decken, und demzufolge von der ferneren Ausschreibung von Landlieferungen für das Heer Abstand genommen werden wird.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— Zur Ernte. (Gr. Ges.) Das andauernde Regenwetter und die in Folge desselben vielfach eingetretenen Verzögerungen der Ernte haben manchen Landmann zum Theil seiner Hoffnungen beraubt. Wenn auch der Roggen nicht allgemein durch den Regen gelitten hat und größtentheils trocken in die Scheunen gebracht worden ist, so giebt es jedoch auch Güter, die durch verspäteten Beginn der Ernte das Auswachsen fast sämmtlichen Roggens zu beklagen haben. Der zuerst gemähte Weizen ist bei einer weisen Benutzung der Zeit wohl glücklich eingebracht worden, der größere Theil jedoch liegt noch auf den Feldern. Auch für die Kartoffeln und die Wurzelfrüchte hegt der Landmann, wenn das Wetter nicht bald günstiger wird, Befürchtungen.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 137½ pCt. Russisch-Papier 138 pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 45 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 14. August. Temp. Wärme 8 Grad. Luftdruck 27 Zoll 6 Strich. Wasserstand 2 Fuß 1 Zoll.
Den 15. August. Temp. Wärme 9 Grad. Luftdruck 27 Zoll 10 Strich. Wasserstand 1 Fuß 11 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt.

Nachruf an Robert Leetz!

Ausgerungen hast Du hier die schweren Leiden
Die Gottes Rathschluß Dir hat zuerkannt,
Um einzugehen in das ew'ge Reich der Freuden,
Dort, wo kein Leid, noch Trübsal ist bekannt.

Dein reger Geist, Dein emsig Streben
Zum Wohle, die Dir der Herr verlieh',
War stets das Ziel in Deinem Leben
Und übtest es mit aller Müh'!

Und trugst geduldig alle Schmerzen
Der schweren Krankheit — böses Leid,
Du tröstet'st selbst mit treuem Herzen
Die Deinigen — auf bessere Zeit.

Auch Demuth auf dem Krankenbette
Zu Gott dem Herrn, blieb bei Dir fest,
Und geduldig nahmst auf trüber Stätte
Den Trost, daß Gott die Deinen nicht verläßt.

Nun blicke oft verklärt hernieder
Auf alle die, die Dein Herz geliebt
Als Gattin, Kinder, wie auch Familienglieder;
Uns bleibt Dein Andenken ungetrübt. —

Inserate.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**